

Gastbeitrag: Wann ist Rüsselsheim wirklich eine Stadt der Aufsteiger?

Eine Stadt kann Aufstieg nicht garantieren. Aber sie kann dafür sorgen, dass vermeidbare Hürden nicht über die Zukunft eines Menschen entscheiden. „Stadt der Aufsteiger“ ist deshalb...



Bürgermeister Murat Karakaya

Kernpunkte & Schnellese-Modus

- Wann ist Rüsselsheim wirklich eine Stadt der Aufsteiger?
- Gastbeitrag von Murat Karakaya, Bürgermeister der Stadt Rüsselsheim am Main
- Rüsselsheim soll zu einer Stadt der Aufsteiger werden. Das gelingt nicht durch eine einzelne Maßnahme.

Zusammenfassung

Eine Stadt kann Aufstieg nicht garantieren. Aber sie kann dafür sorgen, dass vermeidbare Hürden nicht über die Zukunft eines Menschen entscheiden. „Stadt der Aufsteiger“ ist deshalb für mich kein Werbespruch, sondern ein politischer Auftrag: Chancen früher eröffnen, Unterstützung gezielter einsetzen und Schritt für Schritt Strukturen schaffen, die Menschen auf ihrem Weg stärken. Rüsselsheim soll zu einer Stadt der Aufsteiger werden. Das gelingt nicht durch eine einzelne Maßnahme und auch nicht durch eine einzelne Person. Es braucht eine verlässliche Kette aus früherer Unterstützung, Sprachbildung, guten Kitas, starken Schulen, Ganztags, sozialen Hilfen sowie den Angeboten von Vereinen und Jugendförderung.

Wann ist Rüsselsheim wirklich eine Stadt der Aufsteiger?

Gastbeitrag von Murat Karakaya, Bürgermeister der Stadt Rüsselsheim am Main

Eine Stadt kann Aufstieg nicht garantieren. Aber sie kann dafür sorgen, dass vermeidbare Hürden nicht über die Zukunft eines Menschen entscheiden. „Stadt der Aufsteiger“ ist deshalb für mich kein Werbespruch, sondern ein politischer Auftrag: Chancen früher eröffnen, Unterstützung gezielter einsetzen und Schritt für Schritt Strukturen schaffen, die Menschen auf ihrem Weg stärken.

Kernpunkte für Schnellese

- Aufstieg bedeutet nicht, dass jeder den gleichen Weg gehen muss. Es bedeutet, faire Ausgangsbedingungen zu schaffen und echte Wahlmöglichkeiten zu eröffnen.

- Erste konkrete Bausteine sind sichtbar: mehr verfügbare Kitaplätze, zusätzliche Ganztagsplätze, Kitaassistenzen zur Entlastung der Fachkräfte und der Start des Klassenassistentenmodells TABSIE.
- Das größte erkennbare Defizit liegt derzeit bei der Sprache. Deshalb bereite ich eine Rüsselsheimer Sprachkette vor, die Früherkennung und gezielte Förderung miteinander verbindet.
- Öffentliche Unterstützung und persönliche Leistung gehören zusammen. Die Stadt kann Chancen eröffnen, aber sie kann den jungen Menschen ihren Weg nicht abnehmen.
- Gute Sozialpolitik ist zugleich vorausschauende Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wer früh Perspektiven schafft, stärkt langfristig Beschäftigung, Kaufkraft, gesellschaftliche Verantwortung und die öffentlichen Haushalte.

Zusammenfassung

Rüsselsheim soll zu einer Stadt der Aufsteiger werden. Das gelingt nicht durch eine einzelne Maßnahme und auch nicht durch eine einzelne Person. Es braucht eine verlässliche Kette aus früher Unterstützung, Sprachbildung, guten Kitas, starken Schulen, Ganztage, sozialen Hilfen sowie den Angeboten von Vereinen und Jugendförderung.

Erste Schritte sind umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Zugleich zeigen die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen, dass besonders bei der Sprache großer Handlungsbedarf besteht. Der Anspruch muss deshalb lauten: Probleme früher erkennen, Chancen eröffnen, Kinder motivieren, vorhandene Mittel wirksamer einsetzen und Fortschritte nachvollziehbar machen.

Ein Leitbild muss im Alltag Folgen haben

Die Zukunft eines Kindes darf nicht davon abhängen, wie viel Geld seine Eltern verdienen, welchen Bildungsabschluss sie haben oder wie gut sie sich in unserem Bildungs- und Hilfesystem zurechtfinden.

Dieser Satz ist leicht ausgesprochen. Die eigentliche Aufgabe beginnt danach: Was kann eine Stadt konkret tun, damit aus diesem Anspruch Wirklichkeit wird?

Ich bin in Rüsselsheim geboren und aufgewachsen. Ich habe hier die Kita und die Schule besucht und später an der Hochschule RheinMain studiert. Rüsselsheim ist die Stadt, die meinen eigenen Bildungsweg geprägt hat. Heute trage ich als Bürgermeister Verantwortung für Kitas, Schulen, Bildung und Betreuung, Soziales, Senioren sowie große Teile der Kinder- und Jugendhilfe.

Aus dieser Verantwortung ist für mich das Leitbild der Stadt der Aufsteiger entstanden. Es beschreibt keine Stadt, in der jeder automatisch erfolgreich wird. Keine Kommune kann einen bestimmten Lebensweg garantieren. Sie kann aber beeinflussen, ob Kinder früh gefördert werden, ob Familien Unterstützung finden, ob Betreuung verlässlich ist und ob Hilfen rechtzeitig ankommen.

Eine Stadt der Aufsteiger beseitigt nicht alle Unterschiede. Aber sie darf vermeidbare Nachteile nicht einfach hinnehmen.

Aufstieg bedeutet Wahlfreiheit und Eigenständigkeit

Aufstieg wird häufig nur mit Studium, Einkommen oder beruflicher Stellung verbunden. Das greift zu kurz.

Nicht jeder junge Mensch muss studieren. Eine gute Ausbildung, ein Handwerksberuf, eine Tätigkeit in der Pflege, die Gründung eines Unternehmens oder ein ganz anderer Weg können ebenso Ausdruck eines erfolgreichen und selbstbestimmten Lebens sein.

Entscheidend ist, dass Kinder und Jugendliche eine echte Wahl haben. Sie sollen ihre Fähigkeiten entdecken, Perspektiven erkennen, Verantwortung übernehmen und ihren eigenen Weg gehen können. Herkunft, Einkommen oder fehlende Unterstützung dürfen diese Möglichkeiten nicht schon früh begrenzen.

Aufstieg bedeutet für mich, auf eigenen Beinen stehen zu können und das eigene Leben möglichst selbstbestimmt zu gestalten. Dazu gehören ein Schulabschluss, eine Ausbildung oder ein Studium, eine berufliche Perspektive, soziale Verantwortung und die Fähigkeit, auch mit Rückschlägen umzugehen.

Das gilt nicht nur für junge Menschen. Aufstieg kann auch bedeuten, nach einer schwierigen Lebensphase wieder selbstständig zu werden. Und eine soziale Stadt trägt dazu bei, dass ältere Menschen ihre Eigenständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe möglichst lange bewahren können.

Im Kern geht es um Befähigung. Menschen sollen Unterstützung erhalten, wenn sie diese benötigen. Das Ziel guter Sozialpolitik muss aber immer auch sein, ihnen Wege in ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu eröffnen.

Die Aufstiegs-kette beginnt lange vor dem ersten Zeugnis

Bildungspolitik beginnt nicht erst mit der Einschulung. Die ersten Lebensjahre sind entscheidend für Sprache, soziale Fähigkeiten, Selbstvertrauen, Gesundheit und die Freude am Lernen.

Deshalb braucht Rüsselsheim eine zusammenhängende Aufstiegs-kette.

Sie beginnt mit Unterstützung für Familien und früher Förderung. Es folgen eine gute sprachliche Entwicklung, ein erreichbarer Kitaplatz, ein gelingender Übergang in die Grundschule sowie verlässliche Bildung und Betreuung. Nach dem Unterricht gehören Sportvereine, Jugendhäuser und andere Orte der Begegnung dazu. Später geht es um den Übergang in Ausbildung, Studium und Arbeit.

Nicht alle Teile dieser Kette liegen in meinem Dezernat. Jugendförderung und Sport sind mir nach dem derzeitigen Dezernatszuschnitt nicht zugeordnet. Dennoch gehören Jugendtreffs, Streetwork und die Arbeit der Sportvereine zu einer ganzheitlichen Betrachtung. Kinder erleben schließlich keine Zuständigkeitspläne. Sie erleben ihre Familie, ihre Kita, ihre Schule, ihren Verein, ihren Stadtteil und die Menschen, die ihnen dort begegnen.

Eine Aufstiegs-kette ist nur so stark wie ihre schwächste Verbindung. Deshalb müssen Stadtverwaltung, Schulen, freie Träger, Vereine, Wirtschaft, Ehrenamt und Familien zusammenwirken.

Sprache früh erkennen und gezielt fördern

Besonders dringlich ist die sprachliche Entwicklung.

Nach den mir vom Kreisgesundheitsamt Groß-Gerau zur Verfügung gestellten Ergebnissen der Schuleingangsuntersuchungen wurden im Untersuchungszeitraum August 2023 bis Juli 2024 insgesamt 747 Rüsselsheimer Kinder erfasst. Bei 51 Prozent wurde die Gesamtbeurteilung der Sprache als auffällig eingestuft. Im gesamten Kreis Groß-Gerau waren es 39 Prozent. In Rüsselsheim wurden 45 Prozent als unauffällig bewertet, bei 4 Prozent blieb die Beurteilung unbekannt.

Diese Zahlen müssen sorgfältig eingeordnet werden. Sie bedeuten nicht, dass 51 Prozent der Kinder kein Deutsch sprechen. Die Gesamtbeurteilung kann unterschiedliche sprachliche Auffälligkeiten umfassen. Die vorliegende Übersicht schlüsselt deren Art und Schwere nicht weiter auf. Auch Mehrsprachigkeit ist für sich genommen kein Defizit.

Trotzdem ist der Befund eindeutig: Zu viele sprachliche Auffälligkeiten werden erst kurz vor der Einschulung sichtbar. Dann bleibt nur noch wenig Zeit, um gezielt zu unterstützen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat deshalb im November 2025 dankenswerterweise beschlossen, die Einführung eines flächendeckenden Sprachscreenings für Kinder im Alter von vier Jahren vorzubereiten und umzusetzen. Dieser Beschluss zum Sprachscreening schafft die politische Grundlage für die nächsten Schritte.

Ein Screening allein verbessert jedoch noch keine Sprache. Es darf weder zum Etikett für ein Kind noch zur statistischen Pflichtübung werden. Entscheidend ist, was anschließend geschieht.

Deshalb arbeite ich derzeit an einer Rüsselsheimer Sprachkette. Sie soll mehrere Etappen miteinander verbinden: sprachliche Entwicklung früh wahrnehmen, den

Sprachstand rechtzeitig erfassen, Eltern beraten, Förderbedarf erkennen, gezielte Sprachförderung anbieten und den Übergang von der Kita in die Schule besser begleiten.

Eine entsprechende Drucksache ist in Vorbereitung. Die einzelnen Bausteine müssen noch fachlich ausgearbeitet, mit den beteiligten Stellen abgestimmt und finanziell bewertet werden. Das Ziel ist aber klar: Wir dürfen nicht erst kurz vor der Einschulung feststellen, dass einem Kind wichtige sprachliche Grundlagen fehlen. Wir müssen früher hinsehen und anschließend die passende Unterstützung anbieten.

Aus dem Leitbild werden konkrete Bausteine

Die Arbeit an einer Stadt der Aufsteiger beginnt nicht heute. Mehrere Bausteine zeigen bereits, wie aus einem politischen Ziel praktische Veränderungen werden können.

Bis zu 80 Plätze in der Kita Berliner Platz

Seit dem 17. August 2026 nimmt die Kita Berliner Platz wieder Kinder auf. Zunächst startete die Eingewöhnung von 15 Kindern. Danach sollen die vier Gruppen schrittweise belegt werden, bis wieder bis zu 80 Plätze für Kinder zwischen drei und sechs Jahren zur Verfügung stehen.

Besonders wichtig ist, dass ein vollständiges und erfahrenes Team aus zwölf Mitarbeitern bereitsteht. Das Team hat zuvor die Hortkinder in Königstädten betreut und kann seine pädagogische Erfahrung nun in die neue Kita einbringen. Die Wiedereröffnung der Kita Berliner Platz ist deshalb mehr als die Reaktivierung eines Gebäudes. Sie schafft zusätzliche verfügbare Betreuungskapazität und stärkt die frühkindliche Bildung im Berliner Viertel.

Gleichzeitig wurde die Betreuung der Grundschulkinder in Königstädten in einem schulischen Ganztagsystem zusammengeführt. Dadurch entstehen klarere Strukturen, ein einheitliches Angebot und ein effizienterer Einsatz von Räumen und

Personal. Nach den bisherigen Berechnungen kann diese Neuordnung den städtischen Haushalt mittelfristig um bis zu 400.000 Euro pro Jahr entlasten.

Das zeigt: Eine strukturelle Verbesserung kann mehr Qualität ermöglichen und zugleich wirtschaftlich vernünftig sein.

Mehr Zeit für die pädagogische Arbeit

Seit Anfang 2026 unterstützen 19 Kitaassistenzen die städtischen Einrichtungen. Sie übernehmen organisatorische und hauswirtschaftliche Aufgaben und verschaffen den pädagogischen Fachkräften dadurch mehr Zeit für die Kinder.

Die Stadt hat hierfür 350.000 Euro aus einem Landesprogramm eingeworben. Die Kosten werden vollständig durch das Land getragen. Die bisherigen Rückmeldungen aus den Einrichtungen sind positiv. Weil es sich um einen zunächst befristeten Modellversuch handelt, muss die Wirkung dennoch weiter beobachtet werden. Die Erfahrungen mit den 19 Kitaassistenzen sprechen dafür, diesen Ansatz weiterzuverfolgen.

Auch das gehört zur Stadt der Aufsteiger: nicht nur zusätzliches Personal zu fordern, sondern vorhandene Fachkräfte so zu entlasten, dass sie mehr Zeit für ihre eigentliche pädagogische Aufgabe haben.

168 zusätzliche Plätze im Ganzttag

Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung wächst die Verantwortung der Stadt. Für das Schuljahr 2026/2027 hat die Stadtverordnetenversammlung deshalb einstimmig beschlossen, 168 zusätzliche Betreuungsplätze an den Grundschulen zu schaffen. Damit steigt das Angebot von 1.840 auf insgesamt 2.008 Plätze.

Rüsselsheim verfügt bereits über sehr gute und pädagogisch hochwertige Ganztagsangebote. Die Aufgabe des weiteren Ausbaus besteht deshalb darin, diese Qualität zu sichern und zugleich mehr Kindern zugänglich zu machen.

Dazu gehören qualifizierte Mitarbeiter, geeignete Räume, eine gute Mittagessensversorgung, verlässliche Betreuungszeiten und vielfältige Angebote am Nachmittag. Der Beschluss zu den 2.008 Betreuungsplätzen schafft die Grundlage dafür, die bestehenden guten Strukturen bedarfsgerecht weiterzuentwickeln.

Unterstützung vom ersten Schultag an

Mit TABSIE startet im Schuljahr 2026/2027 ein neues Modell der Klassenassistentenz an der Grundschule Innenstadt und der Schillerschule. In den neuen ersten Klassen und den Vorklassen soll jeweils eine pädagogische Fachkraft die gesamte Klasse unterstützen.

Der entscheidende Unterschied zur bisherigen Praxis liegt im Zeitpunkt. Unterstützung soll nicht erst einsetzen, wenn sich Probleme verfestigt haben, Diagnosen vorliegen und lange Antragsverfahren abgeschlossen sind. Die Klassenassistentenz ist vom ersten Schultag an vorhanden und unterstützt dort, wo sie in der Klasse gebraucht wird.

Wichtig ist zugleich: Der Anspruch der Eltern, bei einem individuellen Bedarf zusätzlich eine persönliche Teilhabeassistentenz zu beantragen, bleibt ausdrücklich bestehen. TABSIE ersetzt diesen Rechtsanspruch nicht.

Das Projekt ist ein Pilot und muss deshalb als Pilot behandelt werden. Wir werden prüfen, wie Kinder, Eltern, Lehrkräfte und Schulen die Unterstützung erleben und ob sich das Lernumfeld tatsächlich verbessert. Erst danach lässt sich seriös beurteilen, wie das Modell weiterentwickelt werden sollte. Die Stadt informiert auf der TABSIE Unterseite ausführlich über den Ansatz.

Fortschritt bedeutet auch, offene Aufgaben zu benennen

Die genannten Maßnahmen sind keine fertige Erfolgsbilanz. Sie zeigen eine Richtung und eine bestimmte Arbeitsweise. Bedarfe werden ermittelt, vorhandene Strukturen neu geordnet, Fördermittel genutzt und neue Ansätze zunächst erprobt.

Gleichzeitig bleibt viel zu tun.

Die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen zeigen einen erheblichen Handlungsbedarf bei Sprache und Schulvorbereitung. Viele Schulgebäude müssen saniert oder weiterentwickelt werden. Mehrere Projekte sind begonnen oder vorbereitet, können angesichts der schwierigen Finanzlage der Stadt aber nicht gleichzeitig umgesetzt werden.

Unsere Ganztagsangebote sind gut und pädagogisch wertvoll. Beim weiteren Ausbau kommt es darauf an, dieses hohe Niveau zu erhalten, zusätzliche räumliche Möglichkeiten zu schaffen und die Angebote weiterhin verlässlich an den Bedürfnissen der Kinder und Familien auszurichten.

Seriöse Politik muss offen über diese Herausforderungen sprechen. Sie muss zugleich zeigen, welche Verbesserungen trotz begrenzter finanzieller Möglichkeiten erreichbar sind.

Gerade bei knappen Mitteln müssen wir genauer priorisieren. Wir müssen prüfen, welche Maßnahmen früh wirken, welche Strukturen besser organisiert werden können, wo Fördermittel verfügbar sind und wie vorhandenes Personal sinnvoll eingesetzt werden kann. Nicht jede Verbesserung erfordert ein neues Großprojekt. Manchmal liegt der Fortschritt in einer klügeren Organisation.

Die Stadt der Aufsteiger ist ein Gemeinschaftsprojekt

Ein Bürgermeister kann Ziele setzen, Vorschläge ausarbeiten, auf eine gute Umsetzung drängen und für Mehrheiten werben. Eine Stadt verändert sich aber dann nachhaltig, wenn viele Menschen an einem gemeinsamen Ziel arbeiten.

Kommunale Entscheidungen brauchen Mehrheiten im Magistrat und in der Stadtverordnetenversammlung. Die Verwaltung muss sie fachlich vorbereiten und umsetzen. Schulen, freie Träger und Vereine müssen mitwirken. Bund, Land und Kreis bestimmen wichtige rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen. Und

viele Angebote entfalten ihre Wirkung erst, wenn Familien sie kennen und annehmen.

Gerade deshalb ist die Stadt der Aufsteiger ein Gemeinschaftsprojekt. Wir sind auf die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

Ein Trainer im Sportverein, ein Lesepate, ein Ausbildungsbetrieb, eine engagierte Nachbarin, ein ehrenamtlicher Helfer oder ein Mensch, der einem Jugendlichen Mut macht, kann einen entscheidenden Unterschied bewirken. Kinder brauchen nicht nur Programme und Gebäude. Sie brauchen Menschen, die an sie glauben, ihnen etwas zutrauen und ihnen zugleich etwas abverlangen.

Ich lade deshalb alle ein, an dieser Idee mitzuwirken. Jeder kann einen Beitrag dazu leisten, dass junge Menschen in Rüsselsheim Perspektiven erkennen und den Mut entwickeln, ihren eigenen Weg zu gehen.

Meine Verantwortung besteht darin, die Themen meines Dezernats gründlich zu bearbeiten, Probleme klar zu benennen, tragfähige und finanzierbare Lösungen vorzulegen und für ihre Umsetzung zu arbeiten. Das gemeinsame Ziel erreichen wir aber nur, wenn Politik, Verwaltung und Stadtgesellschaft in dieselbe Richtung arbeiten.

Wir können den Kindern das Rennen nicht abnehmen

Das Bild eines Hürdenlaufs beschreibt für mich sehr gut, worum es bei Chancengerechtigkeit geht.

Stellen wir uns einen Hürdenlauf über 110 Meter vor. In einem fairen Rennen starten alle an derselben Linie und müssen vergleichbare Hürden überwinden. Im wirklichen Leben ist das häufig anders. Manche Kinder beginnen an der eigentlichen Startlinie. Andere starten sinnbildlich viele Meter dahinter. Vor ihnen stehen schon zu Beginn besonders hohe Hürden, die mit dem Einkommen, dem Bildungsstand oder den Möglichkeiten ihrer Familie zusammenhängen.

Die Antwort kann nicht darin bestehen, andere Kinder zurückzuziehen oder ihren Vorsprung künstlich zu verkleinern. Niemandem soll etwas weggenommen werden. Unsere Aufgabe ist es, den Startpunkt der Kinder so weit wie möglich anzugleichen und vermeidbare Hürden zu senken.

Die Stadt kann gute Kitas, Sprachförderung, Schulen, Betreuung und soziale Unterstützung bereitstellen. Vereine können Gemeinschaft und Selbstvertrauen vermitteln. Erwachsene können Orientierung geben, Perspektiven aufzeigen und Mut machen.

Aber wir können den Kindern das Rennen nicht abnehmen. Sie müssen selbst laufen.

Wir können sie vorbereiten, trainieren, anfeuern und nach einem Sturz wieder aufrichten. Wir können ihnen zeigen, dass sich Anstrengung lohnt und dass wir wollen, dass sie ihr Ziel erreichen. Die eigene Leistung, Ausdauer und Bereitschaft, Chancen zu nutzen, müssen von den jungen Menschen selbst kommen.

Dabei geht es nicht darum, dass jeder das Rennen gewinnen oder andere hinter sich lassen muss. Es geht darum, dass jeder eine faire Chance erhält, seinen eigenen Weg erfolgreich bis zum Ziel zu gehen.

Chancengerechtigkeit und Eigenleistung sind keine Gegensätze. Sie gehören zusammen.

Solidarität bedeutet auch, später Verantwortung zu übernehmen

Wer als junger Mensch Unterstützung erfahren hat, soll daraus nicht nur einen persönlichen Vorteil ziehen. Er soll auch lernen, Verantwortung für andere und für die Gemeinschaft zu übernehmen.

Solidarität funktioniert auf Dauer nur, wenn sie in beide Richtungen wirkt. Heute hilft die Stadt einem Kind. Morgen kann dieser junge Mensch als Fachkraft,

Unternehmer, Vereinsmitglied, Elternteil, Nachbar oder ehrenamtlich Engagierter etwas zurückgeben.

Dahinter steht eine Haltung: Rüsselsheim war für mich da. Deshalb bin auch ich gerne für Rüsselsheim da.

Junge Menschen sollen erfahren, dass sie ernst genommen werden und dass ihre Zukunft der Stadt nicht gleichgültig ist. Gleichzeitig dürfen wir Respekt, Einsatzbereitschaft und Verantwortungsbewusstsein erwarten. Unterstützung bedeutet nicht Anspruchslosigkeit. Wer Chancen erhält, sollte ermutigt werden, diese zu nutzen und aus seinen Möglichkeiten etwas zu machen.

So entsteht gesellschaftlicher Zusammenhalt. Menschen nehmen nicht nur Unterstützung entgegen. Sie wachsen in die Lage hinein, später selbst Verantwortung zu tragen und anderen Chancen zu eröffnen.

Gute Sozialpolitik stärkt auch die wirtschaftliche Kraft

Investitionen in Kitas, Sprache, Bildung und soziale Prävention werden häufig zunächst nur als Ausgaben betrachtet. Das ist zu kurz gedacht.

Wer einen guten Schulabschluss erreicht, eine Ausbildung oder ein Studium abschließt und anschließend auf eigenen Beinen steht, stärkt nicht nur sein eigenes Leben. Er bringt seine Fähigkeiten in Unternehmen, Handwerk, Pflege, Verwaltung oder Selbstständigkeit ein. Er zahlt Steuern und Sozialabgaben, verfügt über Kaufkraft und kann Verantwortung für andere übernehmen.

Auch Kommunen sind am Aufkommen der Einkommensteuer beteiligt. Das Bundesfinanzministerium erläutert den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer als wichtigen Bestandteil der kommunalen Finanzierung. Eine breite Basis aus Beschäftigung und stabilen Einkommen stärkt deshalb langfristig auch die finanzielle Handlungsfähigkeit einer Stadt.

Gleichzeitig sinkt bei einer gelungenen Bildungs- und Erwerbsbiografie die Wahrscheinlichkeit, dauerhaft auf staatliche Hilfeleistungen angewiesen zu sein. Es geht dabei nicht darum, Menschen abzuwerten, die Unterstützung benötigen. Eine solidarische Stadt muss für sie da sein. Gute Sozialpolitik soll aber möglichst dazu beitragen, dass Menschen Hilfe nicht dauerhaft benötigen, sondern wieder oder erstmals selbstständig leben können.

Die finanziellen Wirkungen lassen sich nicht einer einzelnen kommunalen Maßnahme zurechnen. Einnahmen und soziale Ausgaben verteilen sich zudem auf Stadt, Kreis, Land und Bund. Deshalb wäre es unseriös, für ein einzelnes Sprachförderprogramm eine konkrete spätere Einsparung zu versprechen.

Der grundsätzliche Zusammenhang bleibt dennoch richtig: Je früher wir Probleme erkennen und Entwicklung unterstützen, desto größer ist die Chance, dass aufwendige Hilfen zu einem späteren Zeitpunkt vermieden oder zumindest reduziert werden können. Wenn sich Schwierigkeiten über Jahre verfestigen, wird Unterstützung häufig schwieriger, langwieriger und ressourcenintensiver.

Wir müssen öffentliche Mittel daher vorausschauend einsetzen. Wir können früh in Fähigkeiten, Bildung und Selbstständigkeit investieren oder später versuchen, bereits entstandene Probleme mit wesentlich größerem Aufwand zu bewältigen.

Eine Politik der Stadt der Aufsteiger ist deshalb nicht nur Sozial- und Bildungspolitik. Sie ist auch Wirtschafts-, Standort- und Finanzpolitik.

Mein Verständnis eines öffentlichen Vertrags

„Stadt der Aufsteiger“ soll kein Versprechen sein, das einfache Lösungen für komplexe Probleme vorgibt. Es soll ein Maßstab sein, an dem politische Entscheidungen ausgerichtet werden.

Bei neuen Vorhaben müssen wir uns deshalb immer wieder fragen:

Verbessert die Maßnahme die Startchancen von Kindern? Erreicht Unterstützung diejenigen, die sie tatsächlich benötigen? Beginnen wir früh genug oder reagieren wir erst, wenn sich Probleme verfestigt haben? Setzen wir Personal und Geld wirksam ein? Motivieren wir junge Menschen, ihre Chancen zu nutzen? Und können wir später nachvollziehen, ob eine Verbesserung eingetreten ist?

Ich werde auch künftig konkrete Fortschritte benennen und offen sagen, welche Aufgaben noch vor uns liegen. Wo belastbare Zahlen vorhanden sind, sollten wir sie nutzen. Wo eine Wirkung noch nicht belegt ist, sollten wir das ebenso klar sagen.

Das ist für mich der faire öffentliche Vertrag: keine Garantie für Ergebnisse, die eine Stadt nicht allein herbeiführen kann, aber ein verlässlicher politischer Kompass und die Bereitschaft, das eigene Handeln daran auszurichten.

Maßnahme für Maßnahme

Rüsselsheim ist noch nicht in jeder Hinsicht eine Stadt der Aufsteiger. Aber wir arbeiten daran, dass es eine wird.

Bis zu 80 wieder verfügbare Plätze in der Kita Berliner Platz, 19 Kitaassistenzen, 168 zusätzliche Ganztagsplätze, der Start von TABSIE und der Beschluss zum flächendeckenden Sprachscreening sind keine abstrakten Absichtserklärungen. Dahinter stehen Räume, Fachkräfte, Beschlüsse und neue Strukturen.

Diese Schritte lösen nicht alle Probleme. Sie zeigen aber, dass aus dem Leitbild konkrete Arbeit folgt.

Rüsselsheim wird dann wirklich eine Stadt der Aufsteiger sein, wenn die Herkunft eines Kindes immer weniger darüber entscheidet, welche Möglichkeiten ihm offenstehen. Wenn Unterstützungsbedarf früh erkannt wird. Wenn Kitas und Schulen Kinder in ihren Stärken fördern. Wenn Familien sich darauf verlassen

können, dass gute Bildung und Betreuung nicht vom eigenen Geldbeutel abhängen. Und wenn junge Menschen erkennen, welche Möglichkeiten vor ihnen liegen, den Mut entwickeln, diese zu nutzen, und bereit sind, ihre eigene Leistung einzubringen.

Wir können für faire Startbedingungen sorgen. Wir können vermeidbare Hürden senken. Wir können Perspektiven eröffnen, motivieren und anfeuern. Laufen müssen die jungen Menschen selbst. Aber sie sollen dabei jederzeit wissen: Rüsselsheim glaubt an euch. Rüsselsheim will, dass ihr Erfolg habt. Und Rüsselsheim steht an eurer Seite.

Wer diese Unterstützung erfahren hat, soll später mit Überzeugung sagen können: Rüsselsheim war für mich da. Jetzt bin auch ich für Rüsselsheim da.

Dieses Ziel erreichen wir nicht mit einer einzelnen Entscheidung und nicht von heute auf morgen. Wir erreichen es gemeinsam, Schritt für Schritt und Maßnahme für Maßnahme.

Murat Karakaya, Bürgermeister der Stadt Rüsselsheim am Main

 **Quelle Beitrag:** Gastbeitrag Murat Karakaya  **Quelle Foto:** Murat Karakaya